

INDUSTRIEPOLITIK

„Keine Müller-Show“

Für Werner Müller, den Chef der RAG, sinken die Chancen, nach dem geplanten Börsengang des Industriemultis Vorsitzender der Kohle-Stiftung zu werden. Spitzen der Bundesregierung sind darüber verärgert, wie sich Müller mit der Stiftung ein Denkmal setzen will. Zu einem Eklat kam es bei den letzten Vertragsverhandlungen, weil die RAG-Vertreter ihren Chef und dessen Arbeitsdirektor Ulrich Weber bereits als Stiftungsvorsitzenden und Vize in die Satzung geschrieben hatten. Die Regierungsseite bestand auf Streichung und weiteren Änderungen, die RAG-Gesandten verließen daraufhin sichtlich verärgert den Verhandlungstisch. „Keine Müller-Show“, heißt es seither im Kanzleramt. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers kommt das sehr gelegen. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende pocht darauf, dass die Stiftung ihren eigentlichen Zweck erfüllen müsse: „Aus dem Börsengang der weißen Teile der RAG genügend Mittel erwirtschaften, zur Abdeckung der Ewigkeitskosten des Bergbaus.“ Alles andere ginge zu Lasten der Steuerzahler. Also keine Unternehmen kaufen und verkaufen und auch kein Geld in die Förderung schöner Künste stecken, wie es Müller vorschwebt. Rüttgers fordert die RAG-Seite auf, „schnell an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die Blockade aufzugeben“. Es müsse jetzt alles getan werden für einen raschen Börsengang, der für die Landesregierung „Priorität“ habe. Vergangenen Freitag betonte Rüttgers noch eine Besonderheit der Stiftung, der die Länder NRW und Saarland, der Bund und die IG BCE angehören sollen: „Satzung und Personalentscheidungen müssen im Einvernehmen aller Beteiligten getroffen werden.“



Müller

TORSTEN SÜTZ / DDP

GEHEIMDIENSTE

Zweiter Besuch in Guantanamo

Der Bundesnachrichtendienst hat eingeräumt, ein zweites Mal einen Experten zum US-Militärstützpunkt Guantanamo geschickt zu haben. Im November 2002 sei dort ein Beamter aus

Pullach mit einer internationalen Geheimdienst-Delegation zu Beratungen mit den US-Behörden eingetroffen. Bei den Gesprächen sei es um die Ergebnisse der Befragungen der Gefangenen durch US-Vernehmer gegangen und darum, in welcher Form befreundete Nachrichtendienste die Protokolle nutzen könnten. Dem Wunsch mehrerer europäischer Geheimdienste, die Original-Abschriften der Verhöre zu erhalten, hätten die US-

Behörden aber nicht entsprochen. Nach Angaben der Bundesregierung habe die Delegation nur den Militärstützpunkt und nicht das Gefangenenlager selbst besucht. Der Fall des Bremer Türken Murat Kurnaz sei nicht zur Sprache gekommen. Kurnaz war im September 2002 von einer deutschen Delegation in Guantanamo befragt worden. Eine von ihm und einzelnen Medien behauptete zweite Befragung hat es nach Auskunft der Bundesregierung aber nicht gegeben.



BRENNAN LINSLEY / AP

US-Gefangenenlager Guantanamo

SICHERHEIT

Irakische Pässe ungültig

Aus Sicherheitserwägungen verweigert die Bundesrepublik Irakern mit einer bestimmten Art von Reisepass vom 1. April an die Einreise. Das Bundesinnenministerium forderte Anfang März alle Grenzposten auf, keine Iraker mit Reisepässen der Serie „S“ mehr nach Deutschland zu lassen. Grund für die Maßnahme, die viele der rund 74 000 in Deutschland lebenden Iraker und Besucher betrifft, seien „erhebliche Missbrauchsfälle sowie der Handel mit gefälschten Reisepässen“ der Serie, die seit dem Jahr 2004 ausgestellt worden sind. Die irakische Verwaltung und auch die Botschaft in Berlin wollten die „S“-Pässe eigentlich nur als Übergangslösung ausgeben, was die Bundesrepublik akzeptierte. Statt einer neuen Serie stellt die irakische Botschaft allerdings bis heute Pässe der alten Machart aus, die zudem vier Jahre gelten, statt, wie mit Deutschland vereinbart, ein Jahr. Mehrere europäische Staaten haben die Einreise mit diesen Dokumenten bereits unterbunden.